

Papst Leo XIV. erhielt nach seiner Begegnung mit Abgeordneten des spanischen Parlaments am 8. Juni in Madrid minutenlangen Applaus. *Foto: KNA/Vatican Media/Romano Siciliani*

Vordenker der Globalisierung

Warum interessiert sich Papst Leo XIV. für die Schule von Salamanca? **VON MIGUEL ÁNGEL QUITANA PAZ**

Es war eine Premiere im spanischen Abgeordnetenhaus, denn vorige Woche wurden einmal keine parteipolitischen Vorwürfe ausgetauscht, keine Haushaltsfragen besprochen und keine neuen Verbote gefordert. Stattdessen ging es um Philosophie – genauer gesagt um eine vor fünfhundert Jahren in Spanien entstandene Bewegung: die Schule von Salamanca. Der Redner: Papst Leo XIV.

Nicht wenige Katholiken erwarteten seine Rede mit gewisser Sorge. Würde er die Gelegenheit nutzen, um die vielen Gesetze der Regierung Sánchez zu kritisieren, die der katholischen Moral widersprechen – etwa Abtreibung, Sterbehilfe, geschlechtliche Selbstbestimmung? Das schien unwahrscheinlich: Niemand stellte sich Leo XIV. in offener Konfrontation mit seinen Gastgebern vor. Eine andere Sorge war ebenso präsent: Könnte die Regierung die päpstliche Ansprache nutzen, um ihr eigenes Narrativ zugunsten der Masseneinwanderung zu stärken – in einem Moment, in dem Spanien 2,5 Millionen Menschen einbürgern und eine halbe Million Einwanderer legalisieren will? Auch das befürchteten viele. Wenn sich die derzeitige Regierung Spaniens durch etwas besonders auszeichnet, dann ist es ihre Fähigkeit, jedes Ereignis zu ihrem eigenen Vorteil zu nutzen.

Es ging um mehr als eine politische Debatte

Am Ende geschah weder das eine noch das andere. Die erste Rede Leos XIV. vor einem nationalen Parlament fügte sich eher in die Tradition seiner Vorgänger ein: in jene Reden, die Johannes Paul II. vor dem Europäischen Parlament sowie vor dem polnischen und dem italienischen Parlament gehalten hatte; und in die Reden von Benedikt XVI. in Westminster oder im Bundestag. Wie diese konzentrierte sich Leo XIV. auf Fragen von philosophischer Tragweite und auf die Grundlagen von Politik. Demgegenüber war dies in der Rede von Papst Franziskus vor dem US-Kongress 2015 weniger ausgeprägt, weil Franziskus stärker konkrete politische Themen betonte – etwa Ökologie, Migration, Waffenhandel, Todesstrafe und Rassenkonflikte.

Die angenehme Überraschung für viele Spanier, für viele Katholiken und für viele spanische und katholische Denker bestand darin, dass Leo XIV. seine Überlegungen um die Schule von Salamanca ordnete – eine Schule, die zudem 2026 ihr 500-jähriges Jubiläum begeht. Was macht diese Bewegung so bedeutsam, und warum kann sie uns helfen, Politik im 21. Jahrhundert zu verstehen?

Zwei Dinge sind dafür entscheidend: Erstens reichen die Leistungen der Schule von Salamanca weit über politische Philosophie hinaus. Zweitens sind gerade ihre politischen Einsichten später in den Hintergrund geraten, weil die Philosophen von Salamanca zugleich modern waren – und doch anders modern als jene Strömungen, die in der europäischen Moderne siegten.

Zum ersten Punkt: Die Schule von Salamanca dachte nicht allein über Politik nach. Aus ihrem Umfeld erwuchsen das Völkerrecht, die moderne Wirtschaftswissenschaft und einige der einflussreichsten theologischen Kontroversen der Geschichte. All dies stand in enger Verbindung mit der besonderen Lage Spaniens in jener Zeit.

Die Entdeckung und Eroberung Amerikas – die erste Globalisierung – warf neue Fragen auf: War die Eroberung legitim? Besaß der Kaiser oder der Papst eine universale Herrschaft über die Welt und damit Anspruch auf neue Länder? Durften deren Bewohner versklavt werden? Gab es ein Recht, das für alle Völker gilt – unabhängig von den jeweiligen eigenen Gesetzen? Und wann ist ein Krieg gegen Menschen gerechtfertigt, die die christliche Moral nicht kennen?

Wirtschaft ist im Licht der Ethik zu verstehen

Der Dominikaner Francisco de Vitoria und seine Kollegen in Salamanca beantworteten diese Fragen so eindrucksvoll, dass heute eine Büste Vitorias in den Gärten der UNO in New York steht, mit der Inschrift „Begründer des Völkerrechts". Auch der Ratssaal der UNO in Genf trägt seinen Namen. Es überrascht daher nicht, dass Leo XIV., der in Spanien mehrfach auf Multilateralismus und Völkerrecht verwies, sich auf diese Tradition bezog.

Doch die Eroberung Amerikas war nicht nur eine juristische Herausforderung. Die Ankunft von Gold und Silber in Europa und die daraus folgende Inflation warfen wirtschaftliche Probleme auf: Wenn sich der „gerechte Preis" eines Gutes nicht einfach durch den Zufluss amerikanischer Edelmetalle veränderte, warum stiegen dann die realen Preise? War es legitim, bei steigenden Lebenshaltungskosten Zinsen für Kredite zu verlangen?

Denker wie Luis de Molina und Martín de Azpilcueta widmeten sich diesen Fragen mit großer Schärfe – so sehr, dass im 20. Jahrhundert so verschiedene Autoren wie J. A. Schumpeter und Marjorie Grice-Hutchinson in ihnen Wegbereiter der wissenschaftlichen Wirtschaftsanalyse und der Geldtheorie sahen. Für Papst Leo XIV. mag das heute nicht im Zentrum seiner Aufgaben stehen – für den jungen Robert Prevost als Mathematiker vielleicht aber sehr wohl. Es entspricht jedenfalls einem Zugang, der auch für Katholiken heute wichtig bleibt: Die Wirtschaft wird nicht von der Ethik getrennt, sondern im Licht der Ethik verstanden – und umgekehrt.

Auch in der Theologie, damals die Leitwissenschaft, standen die Salamantiner vor neuen Herausforderungen. Die protestantische Reformation verlangte Antworten. Hinzu kam die Entdeckung von Millionen Menschen jenseits des Atlantiks, die lebten und starben, ohne je vom christlichen Glauben gehört zu haben. Waren sie alle verdammt? Und wenn Gott „will, dass alle Menschen gerettet werden" (Erster Timotheusbrief): Wie rettet Gott sie? Leo XIV. sprach diese Fragen in Spanien nicht direkt an. Doch zur gleichen Zeit entfalteten sich in der Schule von Salamanca einige der bedeutendsten Debatten, etwa zwischen Domingo Báñez und Luis de Molina, in denen sich die universelle Theologie bis zu ihren spekulativen Gipfeln verdichtete.

Für Leos Rede war jedoch die politische Philosophie ausschlaggebend. Warum interessierte ihn, was er vor dem Abgeordnetenhaus die „Frage von Salamanca" nannte? Die Antwort gab er selbst: „Dies ist eines der großen Vermächtnisse Spaniens: das historische Handeln" – also Entdeckung, Eroberung und Evangelisierung Amerikas – „mit der Klarheit der ethischen Vernunft verbunden zu haben."

Was ist diese ethische Vernunft? Auch darauf antwortete der Papst im Anschluss an Salamanca: „Der Wille der Mehrheit … möge das respektieren, was keine Mehrheit rechtmäßig verletzen darf." Das heißt, dass keine Macht – weder die der Mehrheit noch die „demokratische" – „den unantastbaren Wert jedes Menschen" missachten und „die moralischen Grenzen" überschreiten darf, die ihr gezogen sind. Für ein Parlament, das Gesetze zu Abtreibung oder Sterbehilfe verabschiedet hat, ist das eine ernste Mahnung.

Die Salamantiner und der Papst erinnern daran, dass es etwas gibt, das der Politik und allen menschlichen Gesetzen vorausgeht. Es liegt in jedem Menschen: ein unerschütterlicher Wert, eine „unendliche Würde" – so bezeichnet es die kirchliche Erklärung von 2024. Die Genesis spricht poetischer vom Ebenbild Gottes, nach dem jeder Mensch geschaffen ist. Dieses Bild des Göttlichen kann weder aufgegeben noch verkauft, weder gekauft noch ausgelöscht werden – unabhängig davon, wie schwer unsere Schuld oder wie leidvoll unser Leben auch sein mag. Ihm gebührt höchster Respekt.

Die moderne Politik, die nach Salamanca entstand und unsere moderne Welt prägte, vergaß diese Einsicht bald. Weder Hobbes, für den wir nur egoistische Atome des sozialen Systems sind, noch Rousseau, für den der Gemeinwille sich nicht irrt, erkennen in jedem Menschen jenen inneren Wert an, der der Macht Grenzen setzt. Leider tun dies auch viele heutige politische Systeme nicht – trotz des lauten Geredes von Rechten, die in Verfassungen stehen und doch immer wieder von Mächtigen ausgehöhlt werden. Daran erinnerte Leo XIV. die spanischen Abgeordneten vor einigen Tagen. Und daran erinnert uns die Schule von Salamanca seit fünf Jahrhunderten.

Aus dem Spanischen von José García.

Der Autor ist Wissenschaftlicher Direktor des ISSEP („Institut für Soziologie, Wirtschaft und Politik") in Madrid.